Einreicher: Der Landrat

Datum: 10.05.2016

Beschlussvorlage des Kreistages Nr. 18/2016

Gegenstand der Vorlage

Allgemeine Geschäftsbedingungen über die Aufschaltung einer Brandmeldeanlage auf die Zentrale Leitstelle Gotha

001 Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen über die Aufschaltung einer Brandmeldeanlage auf die Zentrale Leitstelle Gotha gemäß Anlage werden beschlossen.

Gießmann

Beratungsfolge

Datum der Sitzung

Kreisausschuss
Kreistag Gotha

23.05.2016
25.05.2016

Begründung:**A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Gemäß § 41 (2) Nr. 3 Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetz (ThürBKG) sind Eigentümer, Besitzer und Betreiber von baulichen Anlagen, die besonders brand- oder explosionsgefährlich sind, verpflichtet, eine Brandmeldeanlage zu unterhalten und diese auf die Zentrale Leitstelle aufzuschalten.

Die Aufgabe der Entgegennahme der eingehenden Meldungen von Brandmeldeanlagen wurde im Rahmen eines Konzessionsvertrages auf die Firma Telefonservice Klein übertragen, die zu diesem Zweck in den Räumlichkeiten der Zentralen Leitstelle Gotha eine Empfangszentrale vorhält.

Dieser Konzessionsvertrag läuft zum 31.12.2016 aus. Da der Landkreis diese Aufgabe zukünftig selbst übernehmen wird, hat er ab dem 01.01.2017 die Entgegennahme der einlaufenden Meldungen in der Zentralen Leitstelle sicherzustellen.

Für die Aufschaltung einer Brandmeldeanlage auf die Zentrale Leitstelle sind entsprechende Rahmenbedingungen festzuschreiben.

B. Lösung

Beschluss der Allgemeinen Geschäftsbedingungen über die Aufschaltung einer Brandmeldeanlage auf die Zentrale Leitstelle Gotha.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Die hierdurch entstehenden Kosten werden auf die Betreiber der jeweiligen Brandmeldeanlage in Form von Nutzungsentgelten umgelegt.

E. Zuständigkeit

Kreistag entsprechend § 6 (2) i. V. m. § 41 (2) Nr.3 ThürBKG